Der Antrag wurde von der einbringenden Fraktion modifiziert und lautet neu wie folgt:

Beschlussvorschlag (in modifizierter Form):

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt:

1. *Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) in nichtöffentlicher Sitzung darzustellen, welche Bedingungen zu erfüllen sind, um ab Inkrafttreten der neuen EU-VO 1370/2007 Nahverkehrsleistungen direkt an ein von der Stadt auszuwählendes Verkehrsunternehmen vergeben zu können.*

2. *Sofern im Ergebnis der Analyse des Status quo eine Direktvergabe von Nahverkehrsdienstleistungen, für die öffentliche Ausgleichsleistungen und/oder ausschließliche Rechte gewährt werden, ausgeschlossen ist, wird dem Stadtrat der Stadt Halle (Saale) von der Oberbürgermeisterin bis zum Dezember 2008 ein Maßnahmekatalog vorgelegt, um die Option der Direktvergabe v. g. Nahverkehrsdienstleistungen in der Stadt Halle (Saale) zu nutzen.*
